

# Wissen und Vertrauen

Der Abschied von fossilen Heizungen gelingt nur dann, wenn Menschen die wahren Kosten kennen und zugleich erleben, dass die Alternativen funktionieren: Ein Gastbeitrag von **Tanja Loitz**

**D**ie Wärmewende wird nur dann erfolgreich verlaufen, wenn sie für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer verständlich, bezahlbar und machbar ist. Menschen investieren nicht in die Zukunft, weil man sie moralisch unter Druck setzt. Sie investieren, wenn sie das Gefühl haben: Das ist vernünftig und ich komme damit im Alltag klar.

Deshalb reicht es nicht, nur über Technik zu reden. Natürlich brauchen Menschen neutrale Informationen darüber, welche Heizung passt, wie ein Wechsel abläuft und welche Maßnahmen sich lohnen. Sie brauchen eine realistische Prognose ihrer Heizkosten. Sie brauchen Hilfe bei der Umsetzung. Und sie brauchen vertrauenswürdige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Handwerk und in der Energieberatung.

Aber da ist noch etwas Zweites, das oft unterschätzt wird: die soziale Dimension. Kaum jemand entscheidet über eine neue Heizung im luftleeren Raum. Viele fragen sich ganz konkret: Was macht mein Nachbar? Hat jemand in einer ähnlichen Situation schon eine Wärmepumpe eingebaut? Wie ist das gelaufen? Was kostet das wirklich?

Genau hier liegt ein Schlüssel für eine erfolgreiche Wärmewende: Sie muss sichtbar werden. Sie muss im besten Fall im direkten Umfeld erlebbar sein. Erfahrungsberichte, Austausch mit anderen Eigentümerinnen und Eigentümern und Formate wie ein »Tag des offenen Heizungskellers« schaffen etwas, was kein Ratgeber allein leisten kann: Vertrauen durch Begegnung.

Die Ergebnisse unserer Umfragen zeigen, dass die Bereitschaft zum Handeln vorhanden ist. 93 Prozent der befragten Eigentümerinnen und Eigentümer halten erneuerbare Energien

für wichtig, 86 Prozent befürworten den Ersatz alter Heizsysteme. Fast die Hälfte hat bereits saniert, weitere 15 Prozent planen es. Die Wärmewende hat also Rückhalt.

Und doch erleben wir in der Praxis etwas anderes: Viele zögern, weil sie sich unsicher fühlen. Zu viele politische Debatten, zu viele Kurswechsel, zu viele offene Fragen bei Förderung und Regulierung bremsen Entscheidungen aus. Wer heute eine Heizung austauschen will, will nicht morgen schon wieder neue Regeln lesen müssen. 62 Prozent fühlen sich durch wechselnde politische Rahmenbedingungen verunsichert.

Hinzu kommt: Viele Eigentümerinnen und Eigentümer unterschätzen ihre eigenen Potenziale. 42 Prozent halten ihr Gebäude bereits für »fertig« saniert. Dabei gibt es oft noch Spielraum bei der Heizungsoptimierung, bei der Dämmung einzelner Bauteile oder bei der Kombination verschiedener Maßnahmen. Andere bleiben vor allem wegen der Kosten zurückhaltend. 28 Prozent nennen sie als Hauptgrund. Doch auch hier spielt Unsicherheit eine große Rolle: Wer die langfristigen Betriebskosten nicht kennt, trifft leicht die falsche Entscheidung.

**Fossile Heizungen sind eine Kostenfalle. Die Mehrbelastung in den nächsten 20 Jahren kann sich auf Zehntausende Euro summieren**

Deshalb ist Transparenz so wichtig. Unsere Heizkostenprognose zeigt deutlich: Fossile Heizungen sind keine sichere Bank, sondern eine Kostenfalle. Für ein durchschnittliches Einfamilienhaus können in den nächsten 20 Jahren bis zu 40.000 Euro Mehrkosten entstehen, wenn man sich erneut für eine fossil betriebene Heizlösung statt für eine Wärmepumpe entscheidet.



**Tanja Loitz** ist Geschäftsführerin von Co2online. Die gemeinnützige Beratungsgesellschaft hilft Menschen, ihren Energieverbrauch und ihre Emissionen zu senken.

Anna Rose

*»Was macht mein Nachbar? Was kostet das? Erfahrungsberichte und der Austausch mit anderen erzeugen Vertrauen«*

Wer das einmal schwarz auf weiß sieht, betrachtet die Entscheidung plötzlich mit anderen Augen. Dann geht es im Gespräch mit dem Heizungsinstallateur oder der Heizungsinstallateurin nicht mehr nur um den alten Standard, sondern um echte Alternativen.

Dabei müssen wir die soziale Dimension nicht nur mitdenken, sondern aktiv organisieren. Wir begleiten seit Jahren Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die auf Wärmepumpen umgestiegen sind und berichten über ihre Erfahrungen. Wir schauen dabei nicht nur auf den Verbrauch und die Kosten, sondern auch darauf, was den Menschen bei der Entscheidung geholfen hat, wo ihre Zweifel lagen und welche Fragen sie sich gestellt haben. Über die Hauseigentümer-Plattform [VierWende.de](https://vierwende.de) schaffen wir Austausch mit anderen Menschen in ähnlicher Situation und mit Fachleuten. In Online-Seminaren, Gruppenberatungen und Sanierungsmatches können Interessierte ganz konkret ihre Fragen loswerden. Das hilft oft mehr als ein detaillierter Fachartikel.

Noch stärker wird es, wenn Beratung auf reale Orte trifft. Mit dem Tag des offenen Heizungskellers ([Offenerheizungskeller.de](https://offenerheizungskeller.de)) organisieren wir gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnern die Möglichkeit, dass Interessierte in ihrer Nachbarschaft Haushalte besuchen können, die bereits umgestiegen sind. Dort kann man sehen, hören und manchmal sogar anfassen, wie die Wärmewende im Alltag aussieht. Genau das schafft Nähe. Genau das baut Hemmschwellen ab. Und genau das bringt viele Menschen überhaupt erst ins Handeln.

**D**ie Politik sollte deshalb endlich aufhören, gemischte Signale zu senden. Es hilft nicht, einerseits alte fossile Heizungen weiter zu ermöglichen und sie andererseits über CO<sub>2</sub>-Preis und komplizierte Beimischungsmodelle teurer zu machen. Solche Widersprüche

erzeugen kein Vertrauen, sondern Verunsicherung. Wer Menschen zum Handeln bewegen will, muss Klarheit schaffen.

Die Politik muss daher ehrlich sagen, welche Heizlösungen langfristig tragfähig sind. Sie muss transparent machen, welche Kosten im Betrieb tatsächlich entstehen. Und sie darf sich nicht davor drücken, die Wahrheit auszusprechen: Wer heute noch auf eine fossile Heizung setzt, riskiert morgen hohe Folgekosten.

Gleichzeitig muss ein breites und neutrales Informations- und Beratungsangebot von unabhängigen Akteuren gestärkt werden. Dazu gehören Energieberater\*innen, Energieagenturen vor Ort, Verbraucherzentralen und Verbrau-



**Prozent der Befragten fühlen sich durch wechselnde politische Rahmenbedingungen verunsichert**

cherportale wie co2online.de. Hauseigentümerinnen und -eigentümer brauchen einen Raum für ihre Bedenken, Verunsicherungen und Fragen. Ein solcher Raum ist die Voraussetzung für eine stärkere Akzeptanz einer engagierten Wärmewende. Damit diese Beratung und Begleitung allen Haushalten offenstehen, sollte die Politik sie weiter ausbauen und fördern.

Am Ende geht es bei der Wärmewende nicht nur um Technik. Es geht um Vertrauen. Um Nachvollziehbarkeit. Um die Frage, ob Menschen das Gefühl haben, mit einer guten Entscheidung nicht allein zu sein. Genau da liegt die eigentliche Aufgabe: Klimaschutz so zu gestalten, dass er sich für Verbraucherinnen und Verbraucher vernünftig anfühlt – und im eigenen Umfeld erlebbar wird. **e**

*»Die Politik sollte aufhören, gemischte Signale zu senden. Wer zum Handeln bewegen will, muss Klarheit schaffen«*

# Kommunen auf dem Klimapfad

Viele Städte und Gemeinden haben ehrgeizige Wärmepläne vorgelegt. Doch die Reform des Gebäudeenergiegesetzes droht sie auszubremsten. Wie die Kommunen reagieren – und was das für Verbraucher bedeutet.

**Text** Daniela Schröder

**F**ür die Wärmewende wird Wardenburgs Bürgermeister auch zum Messeveranstalter, so wichtig ist ihm das Thema. »Haus fit! Wie mache ich mein Eigenheim zukunftssicher?« hieß es neulich einen Tag lang im Rathaus. Lokale Handwerker, der regionale Energieversorger, Energieberater und die Sparkasse informierten über Dämmen und Sanieren, über Wärmepumpen und Wärmenetze, über Förderprogramme und Kreditooptionen für sauberes Heizen.

Die Veranstaltung sollte die 17.500 Einwohner der niedersächsischen Gemeinde zu einem zentralen Schritt in der Energiewende bewegen – zum klimafreundlichen Heizen. »Die Hauseigentümer informieren und motivieren, darauf kommt es jetzt an«, sagt der parteilose Bürgermeister Christoph Reents.

Seit 2024 sind Kommunen verpflichtet, Wärmepläne aufzustellen. Gemeinden unter 100.000 Einwohnern haben bis 2028 Zeit, Abgabefrist für Großstädte war im Juni 2026. Für Gemeinden unter 15.000 Einwohnern hat der Bund jüngst eine stark vereinfachte »kleine Wärmeplanung« auf den Weg gebracht. Die Wardenburger legten ihre Strategie bereits 2025 vor. Sie beschreibt, welche Heizoptionen es in der Gemeinde künftig gibt und wie die Verwaltung sie realisieren will. Wo ergeben Fernwärmenetze Sinn, mit welchen Erneuerbaren las-

sen sie sich betreiben, wo sind Wärmepumpen geeignet?

Die Verwaltung ließ ein digitales Modell der Gemeinde und aller ihrer 10.329 Gebäude erstellen: Wohnhäuser, Gewerbe, kommunale Bauten, Heizungstypen, Energieverbräuche, Emissionen, Netzinfrastruktur. Die Datenanalyse ergab, dass nur in zwei kleinen Gebieten ein Wärmenetz sinnvoll sein könnte, gespeist von einer Biogasanlage und Gewerbebetrieben. In der übrigen Gemeinde sind Wärmepumpen vorgesehen. »Wir haben keine Alternative«, sagt Reents. »Das muss man den Bürgern ehrlich kommunizieren – und Lösungsansätze gleich mitliefern.«

## Die Gemeinde prescht voran – doch Schwarz-Rot tritt auf die Bremse

Wardenburgs Rat an Hauseigentümer: einen Sanierungsfahrplan erstellen lassen und Förderprogramme prüfen. Dazu bietet die Gemeinde ein kostenloses Beratungstool, mit dem sich die Wirtschaftlichkeit einer Wärmepumpe einschätzen lässt. Die Verwaltung wiederum prüft Gebiete für Wärmenetze und plant für die eigenen Gebäude den Umstieg auf

Wärmepumpen plus Photovoltaik. Und Wardenburg baut die Windkraft im Gemeindegebiet aus: Bis 2029 soll sich deren Leistung vervierfachen, um den Strombedarf durch Wärmepumpen günstig zu decken.

Doch wie günstig und klimaneutral die Wardenburger künftig heizen, hängt nicht allein von ihnen selbst ab. Denn bei grüner Heizenergie tritt Berlin auf die Bremse.

Schwarz-Rot will das Gebäudeenergiegesetz (GEG) durch ein Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) ersetzen. Das GEG sah vor, dass neue Heizungen mit mindestens 65 Prozent Erneuerbaren betrieben werden müssen. Das GModG schafft die Quote ab, dafür ist ab 2029 das Beimischen biobasierter Brennstoffe wie Methan aus Biogas oder Pflanzenöl Pflicht. Das bisher auf 2045 festgelegte Aus für fossile Heizungen hebt das neue Gesetz faktisch auf. Für das Beimischen gilt ab 2040 ein Mindestanteil von 60 Prozent.



Im November soll das Gesetz in Kraft treten, finale Beschlüsse in Bundestag und Bundesrat stehen noch aus. Wirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) bewirbt das Gesetz als Neustart der Wärmewende, es ersetze »Heizungszwänge durch Technologieoffenheit«.

Scharfe Kritik kommt nicht allein von der Opposition. Wirtschaftsverbände, Kommunen, Stadtwerke und Umweltschützer sehen das Gesetz als Frontalangriff auf ihre Arbeit vor Ort.

#### **Berlin baut die Leitplanken ab – den Gemeinden fehlt die Orientierung**

»Technologieoffenheit bei Heizungs-lösungen darf nicht dazu führen, dass Infrastrukturentscheidungen unterlaufen werden«, warnt Kerstin Andreae, Chefin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Beim Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW) heißt es, ob eine Wärmepumpe, ein Wärmenetzanschluss oder eine andere klimaneutrale Lösung sinnvoll sei, hänge wesentlich von kommunaler Wärmeplanung, Stromnetz, Wärmenetzausbau, Gebäudeeffizienz und Gasnetzperspektive ab. Heißt: Die Politik

muss den Rahmen vorgeben, in dem die Bürger ihre Entscheidung treffen.

„Kommunale Wärmeplanung bietet Orientierung für Investitionsentscheidungen. Ein verlässlicher Förderrahmen ist entscheidend für Akzeptanz, Umsetzung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Wärmewende“, heißt es in einem Appell von 14 Verbänden, darunter BDEW und Deutscher Städtetag. Besonders sauer ist Hamburgs rot-grüner Senat. Dort galten bisher strengere Vorgaben zum fossilfreien Heizen als auf Bundesebene, die Stadt will noch vor 2040 klimaneutral werden. Umweltsenatorin Katharina Fegebank (Grüne) sieht im Heizplan »den Abschied von den geltenden Klimazielen.«

Auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität ist der Gebäudesektor eine große Hürde. Aktuell machen Gebäude knapp 35 Prozent des Endenergieverbrauchs aus. Zugleich stammen nur 18 Prozent der Wärmeenergie aus Erneuerbaren. Damit sich die

Dinge ändern, übertragen vorherige Regierungen die Verantwortung für die Wärmewende an die Länder, Städte und Gemeinden: Kommunen analysieren und definieren selbst, wie sie eine klimaneutrale Wärmeversorgung sichern wollen. Dabei ist der Wärmeplan kein Vorschriftenkatalog, sondern ein Fahrplan. Die Wahl des Heizungstyps steht Hauseigentümern und Unternehmen vor Ort weiterhin frei.

Bis Mitte Juni 2026 hatten 30 Prozent der kleinen Kommunen (unter 10.000 Einwohner) einen Wärmeplan aufgestellt, 42 Prozent der mittelgroßen (10.000 bis 100.000) und 71 Prozent der 80 Großstädte. Einige Kommunen legten schon vor Jahren Konzepte vor, Recklinghausen etwa 2013 oder Konstanz 2018. Zu den Vorreitern gehören auch Birkenfeld (Rheinland-Pfalz) und der Kreis Berchtesgadener Land (Bayern). Überall spielen Nah- und Fernwärmenetze eine wichtige Rolle.

#### **Die Reform gefährdet vor allem eine Technologie: Wärmenetze**

Im umgekrempelten Heizgesetz sehen Kommunen und Stadtwerke ein Risiko für ihre Investitionen. Sie brauchen Planungssicherheit. Doch wenn unklar ist, wann das Aus für fossile Heizungen ansteht, und wenn die Neuinstallation von Öl- und Gasheizungen erlaubt bleibt – dann schließen sich potenziell weniger Haushalte an ein Wärmenetz an. Das bedeutet: Die Wirtschaftlichkeit geplanter Ausbauprojekte kippt, Banken ziehen die Finanzierung zurück.

Zugleich könnten in den Kommunen durch das neue Gesetz teure Doppel- und Dreifach-Strukturen entstehen. »Im gleichen Quartier dauerhaft das Gasnetz weiterbetreiben, das Stromnetz für viele Wärmepumpen ertüchtigen und in Fern- →

**Hamburg**  
(vorige Seite)  
und das **Berch-  
tesgadener  
Land** sind in  
der Wärmewen-  
de schon weit.

wärme investieren«, so der Deutsche Städtetag, sei »volkswirtschaftlich nicht sinnvoll«.

Auch für einzelne Haushalte bedeutet die Reform eine Kostenfalle, aus gleich mehreren Gründen. Wer sich für das Heizen mit Öl und Gas entscheidet, muss durch den neuen EU-weiten Emissionshandel für Verkehr und Gebäude mit deutlich höheren CO<sub>2</sub>-Preisen rechnen. Das gilt Forschern zufolge mittelfristig selbst dann, wenn 2027 eine Preisobergrenze kommen sollte.

Bei biobasierten Brennstoffen sieht es nicht anders aus. Denn Deutschlands Produktionspotenzial für Biomethan ist begrenzt, zugleich nutzen es Industrie, Chemie und Transport als Gasersatz. Das macht den Rohstoff teuer. Dazu kommt: Steigen andere Haushalte auf Fernwärme und Wärmepumpen um, wächst der Kostenanteil für die Netzentgelte für diejenigen, die weiter mit Gas heizen. Langfristig wirtschaftlich sei die Gasheizung nicht, urteilt der Verein Deutscher Ingenieure (VDI).

»Technologieoffenheit ist richtig – sie darf aber nicht zu Orientierungslosigkeit führen«, sagt VDI-Direktor Adrian Willig. Akzeptanz für die Wärmewende entstehe nicht allein durch größere Wahlfreiheit. »Akzeptanz entsteht vor allem durch nachvoll-

ziehbare Rahmenbedingungen, verlässliche Förderprogramme und eine langfristig planbare Infrastruktur.«

Wie das Heizgesetz im Detail aussehen wird, ist noch offen. Die Bundesländer beurteilen den Entwurf als »handwerklich mangelhaft« und »nicht praxistauglich.« Der Nationale Normenkontrollrat, ein unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung, nennt Reiche Pläne »in weiten Teilen kaum verständlich«. Rechtsgutachten sehen sie als unvereinbar mit dem Grundgesetzziel Klimaschutz; Umweltverbände bereiten Klagen vor. Zudem stehe das Gesetz im Widerspruch zu EU-Regeln.

### **Gesetz hin oder her – viele Kommunen halten an ihren Planungen fest**

Bringt die versprochene Freiheit im Heizungskeller nur mehr Unsicherheit und Kosten für Verbraucher? Geht es in der Heizdebatte überhaupt um Verbote und Freiheiten – oder nicht vielmehr um eine langfristig günstigere, zuverlässige und umweltfreundliche Energieversorgung?

Für Kommunen ist die Frage längst beantwortet. »Auch wenn Öl- und Gasheizungen weiterhin zulässig bleiben sollten, bleibt es für Eigentümerinnen und Eigentümer besonders wichtig, sich bei anstehenden Entscheidungen an wirtschaftlichen und versorgungssicheren Lösungen zu orientieren«, sagt Alexander Wright, Bürgermeister von Gießen – eine Stadt mit gut ausgebautem Fernwärmenetz, das 2035 zu 75 Prozent CO<sub>2</sub>-frei laufen soll. Gesetz hin oder her, so der Verwaltungschef, die kommunale Wärmeplanung bleibe ein stabiler und verlässlicher Orientierungsrahmen.

Und Oldenburgs Stadtverwaltung schrieb ihren Bürgern: »Wir empfehlen weiterhin bei einem anstehenden Heizungstausch – wo es technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist – den Umstieg auf eine Wärmepumpe. Von neuen Gasheizungen werde wegen absehbar hoher Betriebskosten abgeraten. In Oldenburg sind Wärmepumpen-Botschafter im Einsatz, die über ihre Erfahrungen berichten, dazu bietet die Verwaltung Beratung bei allen Fragen rund ums Heizen an. Durch die Gesetzespläne, so die Verwaltung, ändere sich am Oldenburger Wärmeplan »nichts«.

Wenige Kilometer entfernt in Wardeburg soll bald die nächste »Haus fit«-Messe im Rathaus starten. Bürgermeister Reents und sein Team wollen den Einwohnern zeigen, »dass die Gemeinde weiterhin als verlässlicher Partner Orientierung bieten wird«, verspricht Reents. »Wir legen hier nicht die Hände in den Schoß. Wir gehen vorwärts.« **e**